



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Aus Frankfurt a. M.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Aus Frankfurt a. M.

4. Juli.

Es ist lange her, daß ich keine Botschaft gesendet habe. Warum auch kleine Interessen niederschreiben, während die Welt das Ohr an den Boden legt, um dem ersten Kanonenschuß am Bosphorus zu lauschen? Vorüber sind die Zeiten, wo die Türkei noch weit hinten lag; sie liegt jetzt unmittelbar vor den Donaumündungen, diese vor unserem Markt. Vom Ministertische der bayerischen Kammer ist's auch schon oft versichert worden, die Donau sei dem süddeutschen — man sagte der Kürze halber: deutschen — Leben viel wichtiger, als der Rhein; an ihren Ufern lägen viel ungehobene Schätze des Ostens und Oestreich halte ihre Mündungen männiglich geöffnet. An den bayerischen Volksvertretern liegts auch nicht, daß trotzdem die Actien des Main-Donaukanals weniger gelten, als zu Karl des Großen Zeiten, und daß die bayerische Donaudampfschiffahrt nur immer Dividenden aus den Säckeln der Steuerpflichtigen zieht. Wie viel weniger mag die Nachricht jener Frankfurter Correspondenz einer officiösen Zeitung bezweifelt werden, welche uns versichert, daß der Bundestag deshalb keine Ferien halten könne, weil er bei der Lösung der orientalischen Frage am Plage sein müsse. Laut sagts auch kein Mensch, daß dies genau wie die Kathedererinnerung eines diplomatisirenden Kopfes klingt; aber im Vertrauen darf mans schon sagen, daß sogar sehr ernste Staatsmänner herzlich darüber gelacht haben. Wahr bleibt's dagegen, daß die Bundestagsferien wahrscheinlich nur kurze Wochen dauern werden, wenn auch nicht grade der orientalischen Frage halber. Der Bundestag würde schwerlich ein Botum gegen die friedliche Decupirung der Donaumündungen durch eine Besetzung der Donaufürstenthümer mit russischen Armeen abgeben. Er könnte allenfalls nur die Aufstellung eines östreichischen Beobachtungsheeres gutheißen, um später der Einreichung einer Liquidation entgegenzusehen, welche mit viel besserem Rechte die deutsche Steuerpflichtigkeit in Anspruch nehmen könnte, als jene von 106 Millionen Fl. für die ungarischen, galizischen, croatischen, venetianisch-lombardischen, Prager und Wiener Kämpfe und für den sardinischen Krieg. Eine solche Ausdehnung der Bundesbefugniß ist für praktische Leute nicht eben wünschenswerth, so lange sie nur Pflichten und Verpflichtungen, aber kein Recht und keine Macht erzeugen soll. Schon die jezige Millionenliquidation Oestreichs drückt schwer genug. Wenn die östreichische Correspondenz versichert, Oestreich habe jene 106 Millionen nicht zur Liquidation angemeldet, so weiß doch jedermann, daß damit der Wahrheit ein Schnippchen geschlagen wird. Oestreich hatte zuerst die Berechnung denkschriftlich aufgestellt, um die von ihm vorgeschlagene summarische Compensation aller militärischen Anstrengungen der Bundesstaaten in den Jahren 1848 und 1849 plausibel einzuführen. Aber nachdem der

Bundestag wenig Lust gezeigt hatte, Oestreich seiner bundesmäßigen Zahlungspflichtigen aus jenen Jahren zu entbinden, deshalb den preussischen Antrag einer Specialliquidation einstimmig genehmigte — da meldete Oestreich in der Sitzung vom 14. April jene Millionen als wirkliche Forderung an. Ja, es behielt sich sogar nähere Nachweise zu eventuellen Nachforderungen vor. Also sollen allerdings die deutschen Steuerpflichtigen die Schlachten von Temesvar und Novara, ja vielleicht selbst die russischen Hilfsheere von Bilagos bezahlen, obgleich Oestreich dem Bundestage sicherlich nicht die mindeste Einsprache in seine Politik erlauben würde. Diese finanzielle Differenz gehört mit unter die Gründe, weshalb schwerlich längere Bundestagsferien eintreten; dazu kommt noch die Festungsfrage und jene über die Verwandlung der Bundesmilitärcommission in eine technische Behörde.

Beide Fragen sind so vielfach verzerrt und verzogen worden, daß es wol der Mühe verlohnt, ihre Kernpunkte hier nochmals parteilos zu berühren. Vorn steht die Festungsfrage. Oestreich verlangt für Rastadt und Ulm besetzte Lager, oder vielmehr das Geld zu deren Bau. Denn um den Geldpunkt dreht sich die Frage. Oestreich wird in seinem Verlangen von den ihm enger verbündeten süddeutschen Staaten unterstützt — dies ist natürlich, denn Ulm und Rastadt sind ihnen speciell wichtig. Dabei berufen sich die Fordernden auf einen sogenannten „ursprünglichen Plan,“ wonach verschanzte Lager für Ulm und Rastadt entworfen und welcher durch einen Bundesbeschluß festgestellt sei. Hier liegt nur eine Halbwahrheit vor. Denn der Bundesbeschluß vom März 1841 stellte bloß den Bau beider Festungen mit Rücksicht auf verschanzte Lager fest. Zwei folgende Bundesbeschlüsse vom August 1842 und April 1843 bestimmten dagegen für den Bau beider Festungen die „unübersteigliche“ Summe von 27½ Million Fl. Können damit verschanzte Lager hergestellt werden — gut; ist mit dieser Summe nicht möglich, so bleiben sie solange frommer Wunsch und Vorschreibung, bis andere höchst nöthige Befestigungen der deutschen Bundesgrenzen hergestellt sind. Denn Ulm und Rastadt sind auch ohne besetzte Lager vollkommen kriegsfertige Orte. Oestreich mit seinen speciellen Allirten verlangten aber eine allgemeine Matrifularumlage für die Verwirklichung dieser ihrer Pläne. Abgesehen davon, daß dadurch die „unübersteiglich“ festgestellte Bausumme für beide Festungen um mehre Millionen überschritten würde, kommt noch ein anderer Umstand in Frage. Oestreich, Baiern und andere süddeutsche Binnenstaaten haben ihren Matrifularverpflichtungen für die deutsche Flotte theils gar nicht, theils nur mit höchst geringen Anzahlungssummen entsprochen; die norddeutschen Staaten zahlten dagegen vollständig bis auf ganz geringe Reste. Wegen der Zahlungssäumigkeit der eben erwähnten Staaten mußte nun ein großer Theil der Fonds aus der letzten Matrifularumlage für den Bundesfestungsbau für Marienzwecke verwendet werden. Um jedoch die notwendigsten Festungsbauten fortführen zu können, beschloß bekanntlich der Bundestag eine kleine Matrifularumlage. Doch wurden Oestreich und die andern

Staaten dadurch ihrer pecuniären Verpflichtungen für die Flotte nicht entbunden. Jene Matrikularreste für die Bundesflotte sind aber so bedeutend, daß ihr Betrag selbst zum Bau jener verschanzten Lager hinreichen würde. Dagegen würde bei einer allgemeinen Anlage zu diesem Behufe Norddeutschland für ein und denselben Zweck doppelt zahlen, während Oestreich und seine speciellen Allirten nicht nur dafür einfach gezahlt hätten, sondern auch von den Flottenbeiträgen dispensirt wären.

In gewisser Art hängt mit der süddeutschen Bundesfestungsfrage auch der Antrag Oestreichs auf Verwandlung der Bundesmilitärcommission in eine technische Behörde zusammen. Jene besteht bekanntlich als berathende Behörde aus sechs Mitgliedern; die technische Commission soll dagegen eine vorläufig noch ziemlich unklare Stellung erhalten und aus 7 Mitgliedern bestehen. Nach der Zusammenfügung, welche die Bundesarmeecorps haben, läßt sich voraussehen, daß Norddeutschland darin in die Minderheit kommen würde. Und überdies, wer würde über die Vorschläge und Anträge dieser Commission zu entscheiden haben? Der Bundestag? Dies scheint vor der Hand sehr fraglich. Ein engerer Ausschuss der Commission? Seine Wahl würde wieder von der Mehrheit der Commission abhängen. — Voraussetzlich wird diese Angelegenheit noch lange Wege zu machen haben, ehe sie zu einem Abschlusse gedeutet. Aber unter die Hinderungen langer Bundesferien gehört sie trotzdem.

Ueber all diesen Ferienhinderungen haben wir beinahe Frankfurt vergessen. Es ist trotz des Sommers einigermaßen mißlaunig. Der Börsenhandel geht der orientalischen Wirrungen halber flau, der Kleinhandel klagt über den Mangel der Fremden, wie alle umliegenden Badeorte, und das Publicum klagt über das Steigen der Lebensmittelpreise. Eine Tage würde die Leser der Grenzboten langweilen; sie müssen die Versicherung hinnehmen, daß wirklich schon der kleinste Haushalt diese Aufschläge empfindet. Der hiesige innungsartige Schutz aller Verkäufer ist übrigens ganz dazu angethan, dem Publicum zwar jede Vertheuerung des Lebens augenblicklich, jede Verwohlfeilung aber erst sehr spät genießen zu lassen. Es gibt nirgends so theuere Handwerker, als in Frankfurt; und sie wissen vortrefflich zusammenzuhalten. Auch die tägliche Zeitungsnahrung müssen wir seit dem 1. Juli theuer bezahlen, da jetzt jedes Blatt einem Stempel unterliegt. Trotzdem ist das schon einmal aus Frankfurt vertriebene Volksblatt der demokratischen Partei, nachdem es auch in Hessen am ferneren Erscheinen verhindert worden ist, von neuem als „Volksfreund“ auferstanden. Sein Prosperiren möchten wir bezweifeln, wenn es die bisherige rusticale Form nicht abstreift; von Einfluß wars schon seit seinem Frankfurter Tode nicht mehr. — Soll ich nun auch noch vom Theater sprechen? Sogar die hiesigen Localblätter wissen an der jetzigen Directions- und Regieführung nichts zu loben — das will viel heißen. Als Curiosum darf aber doch nicht unbemerkt bleiben, daß sich politische

Antipathien und Sympathien sogar bis in diese Räume erstrecken. Auf Anders frühere Gastspiele sind jetzt die Johanna Wagners gefolgt. Eine Partei, die sich — wir wissen nicht warum — gern als „österreichisch“ bezeichnet, sucht nun die Vorzüge der „k. preussischen Kammer- und Hofopernsängerin“ möglichst zu verkleinern. Ist auch nur ein Curiosum, so gehört's doch mit zur Tagesgeschichte.

### Reiseliteratur.

Briefe aus Italien. Von Adolph Helfferich. 3. Bd. Neapel und Sicilien im Jahr 1850. Leipzig, Hinrichs. —

Wir haben die beiden ersten Bände dieses interessanten Werks seiner Zeit angezeigt. Der dritte, gleichfalls aus Correspondenz-Artikeln der A. A. Z. mit Auswahl zusammengesezt, enthält eine lebhaft und anschauliche Schilderung jenes abscheulichen Bürgerkrieges, bei dem wir wohl zweifeln konnten, ob wir innerhalb der berühmten Civilisation des neunzehnten Jahrhunderts lebten. —

Nordische Bilder. Von Eduard Osenbrüggen. Leipzig, Hinrichs. —

Es sind vermischte Skizzen aus dem Leben der russischen Ostseeprovinzen, die uns manche neue, abscheuliche Anschauung geben. Ueber den Ton der Schrift werden unsre Leser am besten urtheilen können, wenn wir ihnen einige Anekdoten vom General Krassström mittheilen, der 1836 zum Curator der Universität Dorpat erwählt wurde. — „Wie seine russische Loyalität beschaffen ist, zeigt deutlich folgende Geschichte aus neuester Zeit. Als im Sommer 1851 einem auf einer Ferienreise abwesenden Professor bei nächtlicher Weile seine Papiere polizeilich weggenommen waren, begab sich der Curator am folgenden Tage in das Haus der Schwiegereltern des Professors, um eine Condolenzvisite zu machen. Er traf nur die Dame vom Hause und sprach sich gegen sie darüber aus, wie schlimm es wäre, wenn man in seiner Correspondenz nicht die gehörige Vorsicht beobachte. Die würdige Dame erwiderte, daß sie überzeugt sei, ihr Schwiegersohn habe keine gefährliche Correspondenz gehabt, und fügte in ihrer schwiegermütterlichen Eitelkeit hinzu, man würde etwas ganz anderes in den conwarfren Briefen finden, als man suche, nämlich wie ihr Schwiegersohn sich in wenigen Jahren im Lande seiner Wirksamkeit habe beliebt zu machen gewußt. „Aber, gnädige Frau, erwiderte der General der Universität, ein Beamter soll sich nicht beliebt machen, das will der Kaiser nicht; ich bin auch nicht beliebt. Sie sagen, Ihr Schwiegersohn sei ein Freund von N. N. und habe deshalb mit N. N. correspondirt, aber der Kaiser liebt N. N. nicht. Wenn ich einen Freund habe und der Kaiser sagt mir, ich dürfe mit dem Freunde nicht länger verkehren, so gehe ich hin und sage